

32

KLEINE REIHE

Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015

Ulrich Herbert

In der neuen Weltordnung

Zur deutschen Geschichte seit 1990

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

ULRICH HERBERT

In der neuen Weltordnung

Zur deutschen Geschichte seit 1990

Im November 1990 wurden das Ende des Kalten Krieges und der Triumph des Westens mit der »Charta von Paris« feierlich beglaubigt. Alle europäischen Staaten, auch die Sowjetunion, bekannten sich darin zu Rechtsstaat und Demokratie sowie zur Wahrung der Menschenrechte – zweifellos ein bemerkenswerter Moment, aber eher noch eine *Momentaufnahme*, denn das Ende der Ost-West-Konfrontation war zugleich der Auftakt zur Herausbildung einer neuen globalen Machtstruktur, in der die USA zunächst als einzige Supermacht auftraten, bis sich dann ein kompliziertes, multipolares System herauszubilden begann. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen.¹

Die *alte* Bundesrepublik, wie sie nun bald genannt wurde, war seit Jahrzehnten gut damit gefahren, sich aus den internationalen Verwicklungen weitgehend herauszuhalten oder sich doch nur im Geleit der USA und nie militärisch zu engagieren. Der Kalte Krieg hatte die Welt bipolar geteilt, und die außenpolitische Orientierung beider deutscher Staaten, die am Brennpunkt dieser Konfrontation lagen, war durch diese bipolare Struktur definiert. Durch den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und die deutsche Wiedervereinigung in deren Gefolge veränderte sich diese Ausgangsposition grundlegend. Nun besaß die vergrößerte Bundesrepublik das, was sie so lange begehrt (aber doch nicht wirklich vermisst) hatte: Souveränität. Wie aber sollte sie damit umgehen in einer Welt, in der die alten Machtstrukturen zerfallen und die neuen sich noch nicht herausgebildet hatten? Würde sich die wirtschaftliche Kraft des Landes deutlicher als zuvor in politischen Einfluss verwandeln? War das überhaupt erstrebenswert? Und: Würde sich die wirtschaftliche Stärke angesichts des Zustands der ostdeutschen Wirtschaft überhaupt erhalten lassen? Mit der Entstehung der *neuen* Bundesrepublik wuchsen zudem paradoxerweise sowohl die Befürchtungen der europäischen Nachbarn vor einem Deutschland, das nun stärker und selbstbewusster auftreten würde, als auch ihre Erwartungen an die Deutschen, eben gerade dies zu tun. Auf einen solchen Rollenwechsel war die Bundesrepublik nicht eingerichtet, und sie brauchte – wenn überhaupt – eine längere Zeit, um ihre Position zu finden und einigermaßen adäquat auszufüllen.

Zudem war das Ende des Kalten Krieges nur die eine Seite der neuen Weltordnung. Die andere war weniger spektakulär auf ein Ereignis gerichtet, aber mindestens ebenso wirkmächtig: die Globalisierung, die sich gleichermaßen auf die wirtschaftlichen wie auf die politischen Strukturen auswirkte. In dieser Doppelung aber lag die eigentliche Herausforderung; und sie kam nicht schleichend über uns, sondern krachend innerhalb weniger Monate.

Im Sommer 1990 war der Jubel der Deutschen über den Fall der Mauer und die sich anbahnende Wiedervereinigung, womöglich auch über den Gewinn der Fußballweltmeisterschaft, noch nicht verrauscht, da stürzten die Ereignisse nur so über das Land herein:

- Am 1. Juli 1990 trat die Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Kraft und ein katastrophaler, so nicht erwarteter Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland folgte, der sich mit einer seit langem schwelenden Strukturkrise der westdeutschen Wirtschaft in der Globalisierung verband.
- Am 16. Januar 1991 begann der sogenannte Zweite Golfkrieg gegen den Irak, durch den die USA erstmals als einzige Weltmacht agierten und durch den die Frage nach der Rolle der Deutschen in der sich herausbildenden internationalen Neuordnung mit Nachdruck gestellt wurde.
- Am 26. Juni 1991 begann der jugoslawische Bürgerkrieg, der fast zehn Jahre lang dauerte, mehr als hunderttausend Tote forderte und schließlich zum ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr, im Kosovo, führte.
- Am 17. September 1991 erschütterten fremdenfeindliche Ausschreitungen die sächsische Stadt Hoyerswerda, erster Höhepunkt einer Serie von Brandanschlägen und Pogromen gegen Asylbewerber und Ausländer in Deutschland, welche 1992/93 alle anderen Themen in den Hintergrund drängte.
- Am 12. Dezember 1991 wurden die Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht mit der Entscheidung für die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung abgeschlossen.

Wie also hat die Bundesrepublik auf diese Massierung von Herausforderungen in den Jahren nach der Wiedervereinigung reagiert – die Politik, die Gesellschaft, die Wirtschaft? Wie hat sich dieses Land verändert – im Innern wie in Bezug auf seine Stellung in der Welt? Und wie sind diese vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte seit 1990 im größeren Zusammenhang der deutschen und der internationalen Geschichte einzuordnen? Ich will mich diesen Fragen nähern, indem ich die eben beschriebenen Ereignisse nacheinander in vier Schritten etwas genauer betrachte.

I.

Die Entscheidung der Bundesregierung im Frühsommer 1990, die Einheit der Wirtschaft und der Währung der beiden deutschen Staaten sofort und noch vor der staatsrechtlichen Vereinigung von DDR und Bundesrepublik durchzuführen, war ein äußerst riskantes Vorhaben, und bei den meisten Ökonomen in der Bundesrepublik stieß es auf scharfe Kritik. Voraussetzung für eine einheitliche Währung in Deutschland, so betonten die Wissenschaftler, sei die Angleichung der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in den beiden Gebieten, insbesondere der Produktivität, die im Osten im Vergleich zu Westdeutschland kaum 25 Prozent erreichte. Auch nur annähernd gleiche Löhne wie in Westdeutschland wären daher nur durch massive, womöglich jahrzehntelange Finanztransfers möglich. Zudem würde die DDR-Wirtschaft durch eine Währungsunion mit einem Schlag der westlichen Konkurrenz ausgesetzt, was innerhalb kürzester Zeit zu ihrem Ruin führen würde.² Eine gemeinsame Währung könne daher erst am Ende eines langen Umwandlungsprozesses stehen, gewissermaßen als *Krönung* dieses Prozesses.

Fast alle hier gemachten Vorhersagen der Fachleute erwiesen sich als zutreffend. Allerdings barg auch die Gegenposition, die eine sofortige Währungsunion ablehnte, erhebliche Risiken. Denn ohne Zweifel würde es viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern, bis die ostdeutsche Wirtschaft in etwa das Niveau Westdeutschlands erreicht hätte. Vor allem die leistungsstärkeren Bürger aus dem armen Osten würden dann in den reichen Westen des Landes übersiedeln. Das aber würde zu einem Kollaps des Ostens führen. Und selbst wenn man die Wirtschafts- und Währungsunion in Stufen vollziehen würde, bedürfte die ostdeutsche Wirtschaft in dieser Zeit gewaltiger Finanzhilfen aus dem Westen, die sicher nicht geringer wären als die Transferzahlungen, die bei einer sofortigen Umstellung anfielen. So entschied sich die Bundesregierung für die Einheit von Wirtschaft und Währung bereits zum 1. Juli 1990.

Wie aber wollte sie die zu erwartenden finanziellen Belastungen ausgleichen? Die naheliegende Option, die Kosten über eine Steuererhöhung in Westdeutschland auszugleichen, wurde von der Regierung Kohl-Genscher ausdrücklich verworfen, um die Zustimmung der Westdeutschen zur Wiedervereinigung und den Sieg der Koalition bei den Bundestagswahlen von 1990 nicht zu gefährden. Auch die von vielen erwartete Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede des Bundeskanzlers blieb aus. So wurden Erwartungen geweckt, als sei die Wiedervereinigung womöglich ohne größere wirtschaftliche Opfer zu haben.

Keine der optimistischen Vorhersagen der Regierung bewahrheitete sich: Die Privatisierung der ostdeutschen Industrie erbrachte Verluste statt Gewinne, die privaten Investitionen blieben weitgehend aus, und der Vereinigungsboom erwies sich nach zwei Jahren als Strohfeuer. In der ostdeutschen Industrie erreichte die Wertschöp-

fung 1991 nur 40 Prozent von 1989, und das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern stürzte im Jahre 1991 auf knapp 60 Prozent des Werts von 1989 ab.

Die Ursachen für diesen desaströsen Niedergang waren rasch zu erkennen: Die ostdeutsche Wirtschaft, bis 1989 vom Weltmarkt abgeschottet, wurde durch die Währungsunion vom 1. Juli 1990 auf einen Schlag der westlichen Konkurrenz ausgesetzt. Ihre Produkte waren zu teuer, qualitativ unzureichend und technisch veraltet. Und zugleich mussten die ostdeutschen Unternehmen nach der Währungsumstellung Löhne im Verhältnis von 1:1 in D-Mark bezahlen, die Produktivität lag aber bei 1:4; später wurde sogar von 1:5 gesprochen.³

Die Folge waren Betriebsstilllegungen und Massenentlassungen in historisch beispiellosem Ausmaß. Bis 1993 sank die Zahl der Erwerbstätigen in den östlichen Bundesländern um ein Drittel von 9,7 auf 6,2 Millionen. Weniger als 30 Prozent aller ostdeutschen Beschäftigten besaßen im Jahre 1993 noch den gleichen Arbeitsplatz wie vor der Wiedervereinigung.

Auch die Erwartungen an die Treuhandanstalt, die die staatlichen Unternehmen der DDR an Privatinvestoren verkaufen sollte, erfüllten sich nicht, im Gegenteil. Nur in den seltensten Fällen ließen sich private Käufer finden, weil die Betriebe marode, die Ausstattung unzureichend und die Belegschaften viel zu groß waren. So musste die Treuhand die Betriebe selbst mit riesigem Aufwand sanieren und kaufwillige Unternehmen mit enormen Subventionen unterstützen. Nur zwei Beispiele: Die Firma Carl Zeiss Jena wurde für das Ziel, etwa 10.000 Arbeitsplätze zu erhalten, mit Zusagen von 3,6 Milliarden DM gestützt. Für die Sicherung eines einzigen Arbeitsplatzes zahlte der Staat im Falle der norddeutschen Werften etwa 600.000, im Falle der Dow Chemical gewaltige fünf Millionen DM.

Wie reagierte die Bundesregierung auf diese fatale Entwicklung? Steuererhöhungen hatte sie ausgeschlossen. Stattdessen wurden zum 1. April 1991 die Beitragsätze der Arbeitslosenversicherung um 50 Prozent erhöht, wodurch die Arbeitskosten weiter anstiegen und der ohnehin schwierige Arbeitsmarkt in Ost-, aber auch in Westdeutschland zusätzlich belastet wurde – ein verhängnisvoller Fehler.⁴

Gab es zur wirtschaftlichen Vereinigungspolitik der Bundesregierung Alternativen? Linke Kritiker warfen der Bundesregierung blindes Vertrauen in den Markt vor. Stattdessen hätte die Bundesregierung die vorhandenen Unternehmen als Staatsbetriebe weiterführen, sanieren und erst danach gegebenenfalls privatisieren sollen.⁵ Allerdings hätten auch verstaatlichte Unternehmen nur überleben können, wenn sie rentabel wirtschafteten – mit Produktivitätsraten von weniger als der Hälfte der weltweiten Konkurrenz war das nicht möglich. Eine dauerhafte Subventionierung solcher Unternehmen durch den Staat aber wäre ein Fass ohne Boden – der Untergang der DDR-Wirtschaft legte davon ein beredtes Zeugnis ab.

Auf der anderen Seite kritisierten Verfechter der reinen Marktwirtschaft, dass der Staat nicht marktfähige Industrieunternehmen mit Milliardenaufwand subventioniert habe, um dadurch nicht zukunftsfähige Arbeitsplätze zu erhalten, anstatt sich auf die Ansiedlung neuer, zukunftsträchtiger Betriebe zu konzentrieren.⁶ Ein solches Vorgehen hätte jedoch zur Schließung eines Großteils der ostdeutschen Industriebetriebe unmittelbar nach der Währungsumstellung geführt. So diene die Subventionierung von Industriebereichen in Ostdeutschland ähnlich wie vordem in den westdeutschen Industrievieren vor allem dem Zeitgewinn, um die Übergangsphase bis zur wirtschaftlichen Neustrukturierung solcher Regionen mit Staatshilfe zu überbrücken.

Die wirtschaftspolitischen Fehler beim Vereinigungsprozess waren am Anfang gemacht worden. Der aus politischem Opportunitätsdenken geborene Verzicht auf Steuererhöhungen, überhaupt der Verzicht darauf, die Menschen in Deutschland über die wahre Lage der ostdeutschen Wirtschaft und die Probleme der Vereinigung offen und ungeschönt zu unterrichten, von ihnen Opfer zu verlangen und diese zu begründen, war vermutlich der schwerste, weil dadurch die Staatsschulden massiv aufgebläht und die zusätzlichen Kosten in der Arbeitslosen- und Sozialversicherung versteckt wurden. Auch die Beziehungen zwischen den Menschen in Ost und West wurden dadurch belastet, weil es keine öffentlich diskutierte Übereinkunft über das Ausmaß der auf beiden Seiten zu tragenden Belastungen gab.

Diese *vereinigungsbedingten* Probleme wurden durch die *strukturellen* Probleme multipliziert, die die westdeutsche Wirtschaft seit den 1970er Jahren mit sich trug. Denn seit den 1970er und verstärkt seit den 1980er Jahren schlugen die mit dem Stichwort »Globalisierung« verbundenen weltweiten Entwicklungen voll auf die nach wie vor überwiegend von klassischer Industrie geprägte westdeutsche Nationalwirtschaft durch. Dabei ging es vor allem um fünf Prozesse: 1. die Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen; 2. die Expansion des Welthandels (im Volumen zwischen 1980 und 2007 von 2,4 auf 17,0 Billionen Dollar); 3. die Zunahme der transnational agierenden Unternehmen; 4. der Aufstieg der globalen Finanzmärkte mit der Explosion des Aktienhandels; und 5. die Revolution bei Datenverarbeitung und Kommunikation, die mit der Ausbreitung des World Wide Web Mitte der neunziger Jahre völlig neue Dimensionen der kommunikativen Vernetzung der Welt eröffnete.

Die Bundesrepublik hatte jedoch bis Ende der 1980er Jahre keine adäquaten Antworten auf die Globalisierung und die damit verbundenen Prozesse des Strukturwandels gefunden. So fielen bereits seit den siebziger Jahren Millionen von Arbeitsplätzen weg, vor allem in den alten Industrien wie Bergbau, Werften, Eisen und Stahl; die Zahl der Arbeitslosen stieg und sank auch bei Wirtschaftswachstum nicht. 1997 waren dann erstmals mehr als vier Millionen Menschen ohne Erwerbstätigkeit, davon mehr als 1,5 Millionen länger als ein Jahr – hier verstärkten sich

Vereinigungskrise und Strukturkrise wechselseitig. Immer weniger Vollzeitbeschäftigte finanzierten immer mehr Arbeitslose, und immer weniger junge Erwerbstätige sicherten die Altersbezüge von immer mehr Rentnern. Die Auswirkungen von Strukturwandel und Globalisierung waren mit dem überkommenen, aus der Phase der klassischen Industriegesellschaft stammenden Wirtschafts- und Sozialmodell offenbar nicht zu bewältigen.

Im April 1997 markierte Bundespräsident Roman Herzog in einer aufsehenerregenden Rede diese Defizite mit deutlichen Worten: »4,3 Millionen Arbeitslose, die Erosion der Sozialversicherung durch eine auf dem Kopf stehende Alterspyramide, die wirtschaftliche, technische und politische Herausforderung der Globalisierung, [...] der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression – das sind die Stichworte der Krise.«⁷

Herzog griff dabei viele Stichworte auf, die bereits seit den späten siebziger Jahren intensiv diskutiert wurden. Seither war der Ruf nach einer Reform der deutschen Wirtschafts- und Sozialverfassung nicht mehr verstummt, die den veränderten Ausgangsbedingungen Rechnung trug: dem Niedergang der klassischen Industrien, der Alterung der Gesellschaft und den Auswirkungen der Globalisierung.

Die Handlungsspielräume der einzelnen Regierungen waren allerdings zunehmend begrenzt, denn die Globalisierung ließ den Einflussbereich der Nationalwirtschaften weit hinter sich. Vielmehr gerieten die nationalen Regierungen (und so auch die Bundesregierung) verstärkt unter Druck, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, welche die Konkurrenzfähigkeit ihrer Nationalwirtschaften auf dem Weltmarkt verbesserte. In der Konsequenz bedeutete dies in nahezu allen Fällen: Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Liberalisierung der Handels- und Steuervorschriften, Flexibilisierung der Löhne, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Reduktion der Sozialausgaben – wobei dies in fast allen Ländern gegen eine seit Jahrzehnten gefestigte Struktur der öffentlichen Fürsorge, der staatlichen Intervention und der erworbenen sozialen Rechte großer Teile der Bevölkerungen durchgesetzt werden musste.⁸ Die westdeutsche »Wirtschaftsverfassung«, die sogenannte »Deutschland AG« mit ihren ehrwürdigen Industrieunternehmen, der engen Verflechtung von Banken und Industrie und dem ausgeprägten sozialen Absicherungssystem, erschien hier als nahezu anachronistisches Überbleibsel einer vergangenen Epoche. Die Software-Firma Microsoft, die mit knapp 30.000 Mitarbeitern etwa 14,5 Milliarden Dollar Umsatz machte, wurde Ende der 1990er Jahre mit einem Aktienwert von 435 Milliarden Dollar bewertet – mehr als Telekom, DaimlerChrysler, Mannesmann, SAP, Bayer, Metro, Siemens und Hoechst zusammen, die mit 1,3 Millionen Mitarbeitern einen Umsatz von 387 Milliarden erreichten.

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine überparteiliche Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Einen Schwerpunkt bildet dabei das Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884–1963). Seit Beginn des 20. Jahrhunderts engagierte sich Heuss im politischen Leben – als Journalist und Hochschuldozent, als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Redner und Biograph. In einem Zeitalter, das bestimmt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und von der Konfrontation der Ideologien, stand Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Ihm fiel als erstem Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

Im ehemaligen Stuttgarter Wohnhaus von Heuss betreibt die Stiftung eine Erinnerungsstätte, die in drei rekonstruierten Wohnräumen und einer ständigen Ausstellung das Lebenswerk von Heuss in seinen vielfältigen historischen Bezügen vor Augen führt. Forscherinnen und Forschern stehen der umfangreiche Nachlass von Theodor Heuss, einer der größten Politikernachlässe der Bundesrepublik, und eine wissenschaftliche Fachbibliothek zur Verfügung. Aus den rund 60.000 Briefen, die von Heuss überliefert sind, hat die Stiftung die »Stuttgarter Ausgabe«, eine wissenschaftliche Auswahledition in acht Bänden, erarbeitet.

In ihrer Forschungs- und Bildungsarbeit fragt die Stiftung nach den historischen Grundlagen und Traditionen der Demokratie in Deutschland. Sie knüpft dabei an aktuelle Problemlagen an und bietet dazu ein breites Spektrum von Veranstaltungen in Form von Kolloquien, Workshops, Podien, Vorträgen und Lesungen. Hierzu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

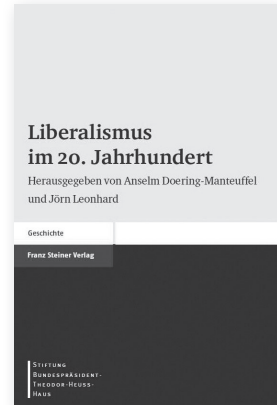
www.stiftung-heuss-haus.de
www.facebook.de/heusshaus

Neuerscheinung in der Wissenschaftlichen Reihe

Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)

Liberalismus im 20. Jahrhundert

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Wissenschaftliche Reihe, Band 12
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2015 | EUR 39,-



Im 20. Jahrhundert, dem Zeitalter ideologischer Extreme, stand der Liberalismus mehrfach vor der Herausforderung, seine Grundprinzipien an veränderte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen. Der Kampf um die Geltung liberaler Prinzipien bewegte sich vielfach in einer paradox anmutenden Parallelität zum Bedeutungs- und Funktionsverlust des organisierten Liberalismus in Parteien und Parlamenten. Doch wie reagierten die Liberalen in den Gesellschaften Europas und Nordamerikas auf die ideologischen, ökonomischen und sozialen Krisenmomente des Jahrhunderts? Die verschiedenen nationalen Variationen verbieten es, ungeprüft von »dem Liberalismus« zu sprechen. Vielmehr gilt es, die länderübergreifenden Gemeinsamkeiten liberaler Konzepte und Bewegungen herauszuarbeiten, bevor die Eigenheiten des liberalen Weltbilds beschrieben werden können. Die Beiträge internationaler Forscher in diesem Band diskutieren das Problem aus der einzelstaatlichen und transnationalen Perspektive. Sie bestimmen den historischen Ort des Liberalismus im wechselvollen 20. Jahrhundert genauer, indem Kongruenzen und Divergenzen einer prägenden Leitidee der Moderne aufgedeckt werden.

Publikationen in der Wissenschaftlichen Reihe

- 1 Thomas Hertfelder / Jürgen C. Hess (Hg.)
Streiten um das Staatsfragment: Theodor Heuss und Thomas Dehler
berichten von der Entstehung des Grundgesetzes
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 1
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999
- 2 Eberhard Jäckel / Horst Möller / Hermann Rudolph (Hg.)
Von Heuss bis Herzog: Die Bundespräsidenten im politischen System
der Bundesrepublik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 2
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999
- 3 Gangolf Hübinger / Thomas Hertfelder (Hg.)
Kritik und Mandat. Intellektuelle in der Deutschen Politik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 3
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2000
- 4 Ulrich Baumgärtner
Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem
Nationalsozialismus
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 4
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2001
- 5 Ernst Wolfgang Becker / Thomas Rösslein (Hg.)
Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungs-
ausschusses des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahre 1947 zur
Zustimmung zum »Ermächtigungsgesetz« vom 23. März 1933
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 5
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003

- 6 Hans Vorländer (Hg.)
Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der politischen Selbstdarstellung
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 6
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003

- 7 Wolfgang Hardtwig / Erhard Schütz (Hg.)
Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im
20. Jahrhundert
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 7
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2005

- 8 Frieder Günther
Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik
durch den ersten Bundespräsidenten
Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 8
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006

- 9 Andreas Wirsching / Jürgen Eder (Hg.)
Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik.
Politik, Literatur, Wissenschaft
Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 9
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2008

- 10 Angelika Schaser / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.)
Liberalismus und Emanzipation.
In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 10
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010

- 11 Werner Plumpe / Joachim Scholtyseck (Hg.)
Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft.
Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 11
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2012

- 12 Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)
Liberalismus im 20. Jahrhundert
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 12
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2015

Edition »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe«

Unter dem Titel »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe« gibt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus eine Edition der Briefe, Schriften, Reden und Gespräche von Theodor Heuss heraus.

Aus der Reihe der Briefe sind folgende Bände erschienen:

Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich, Briefe 1892 – 1917
Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther
München: K. G. Saur 2009

Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik, Briefe 1918 – 1933
Herausgegeben und bearbeitet von Michael Dormann
München: K. G. Saur 2008

Theodor Heuss: In der Defensive, Briefe 1933 – 1945
Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried
München: K. G. Saur 2009

Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie, Briefe 1945 – 1949
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker
München: K. G. Saur 2007

Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident!
Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949 – 1959
Herausgegeben und bearbeitet von Wolfram Werner
Berlin/New York: De Gruyter 2010

Theodor Heuss: Der Bundespräsident, Briefe 1949 – 1954
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/New York: De Gruyter 2012




Theodor Heuss: Der Bundespräsident, Briefe 1954 – 1959
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/Boston: De Gruyter 2013

Theodor Heuss: Privatier und Elder Statesman, Briefe 1959 – 1963
Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther
Berlin/Boston: De Gruyter 2014




Publikationen in der Kleinen Reihe

- 1 Timothy Garton Ash
Wohin treibt die europäische Geschichte?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997
Stuttgart 1998
- 2 Thomas Hertfelder
Machen Männer noch Geschichte?
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext der deutschen
Gedenkstättenlandschaft Stuttgart 1998
- 3 Richard von Weizsäcker
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998
Stuttgart 1999
- 4 Parlamentarische Poesie
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar
Stuttgart 1999
- 5 Joachim Scholtyseck
Robert Bosch und der 20. Juli 1944
Stuttgart 1999
- 6 Hermann Rudolph
»Ein neues Stück deutscher Geschichte«
Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999
Stuttgart 2000
- 7 Ulrich Sieg
Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt
im Ersten Weltkrieg
Stuttgart 2000

- 8 Ernst Wolfgang Becker
Ermächtigung zum politischen Irrtum
Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik
im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit
Stuttgart 2001
- 9 Jutta Limbach
Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000
Stuttgart 2001
- 10 Hildegard Hamm-Brücher
»Demokratie ist keine Glücksversicherung ...«
Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven
für Gegenwart und Zukunft
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001
Stuttgart 2002
- 11 Richard Schröder
»Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.«
Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2002
Stuttgart 2003
- 12 Andreas Rödder
Wertewandel und Postmoderne
Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990
Stuttgart 2004
- 13 Jürgen Osterhammel
Liberalismus als kulturelle Revolution
Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2003
Stuttgart 2004
- 14 Frieder Günther
Misslungene Aussöhnung?
Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958
Stuttgart 2004

- 
- 
- 
- 15 Thomas Hertfelder
In Presidents we trust
Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA
Stuttgart 2005
 - 16 Dieter Langewiesche
Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss
Stuttgart 2005
 - 17 Peter Graf Kielmansegg
Die Instanz des letzten Wortes
Verfassungsgerichtsbarkeit und Gewaltenteilung in der Demokratie
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2004
Stuttgart 2005
 - 18 Gesine Schwan
Vertrauen und Politik
Politische Theorie im Zeitalter der Globalisierung
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2005
Stuttgart 2006
 - 19 Ralf Dahrendorf
Anfechtungen liberaler Demokratien
Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus
Stuttgart 2007
 - 20 Angela Hermann
»In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.«
Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher
Stuttgart 2008
 - 21 Salomon Korn
Was ist deutsch-jüdische »Normalität«?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2007
Stuttgart 2008
 - 22 Giovanni di Lorenzo
Auch unsere Generation hat Werte. Aber welche?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2008
Stuttgart 2009

- 23 Matthias Weipert
»Verantwortung für das Allgemeine«?
Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP
Stuttgart 2009
- 24 Dieter Grimm
Die Würde des Menschen ist unantastbar
Vortrag auf dem Festakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
zum 60jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 8. Mai 2009
Stuttgart 2010
- 25 Paul Kirchhof
Der freie oder der gelenkte Bürger
Die Gefährdung der Freiheit durch Geld, Informationspolitik und durch
die Organisationsgewalt des Staats
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2009
Stuttgart 2010
- 26 Michael Stolleis
Freiheit und Unfreiheit durch Recht
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2010
Stuttgart 2011
- 27 Robert Leicht
... allein mir fehlt der Glaube
Wie hält es die liberale Gesellschaft mit der Religion?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2011
Stuttgart 2012
- 28 Anselm Doering-Manteuffel
Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie
Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart
Stuttgart 2013
- 29 Thomas Hertfelder
Von Naumann zu Heuss
Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland
Stuttgart 2013

- 
- 30 Joachim Gauck
Mehr Bürgergesellschaft wagen
Über repräsentative Demokratie, Bürgersinn und die Notwendigkeit
des Erinnerns
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2013
Stuttgart 2014
- 31 Jutta Allmendinger / Ellen von den Driesch
Mythen – Fakten – Ansatzpunkte
Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014
Stuttgart 2015
- 32 Ulrich Herbert
In der neuen Weltordnung
Zur deutschen Geschichte seit 1990
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015
Stuttgart 2016
- 
- 

Impressum

Biografische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgegeben

von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Im Himmelsberg 16

70192 Stuttgart

www.stiftung-heuss-haus.de

Redaktion: Dr. Kristian Buchna

Satz: Ulrike Holzwarth, Büro für Gestaltung

Gestaltung: as kommunikationsdesign, Stuttgart

Druck und Bindung: logo Print GmbH, Metzingen

Umschlagfoto: Ilse Buhs, ullstein bild

Foto hintere Umschlagklappe: Thomas Kunz

ISBN 978-3-942302-09-8 | ISSN 1435-1242

© SBTH, März 2016

Die Stiftung wird vom Bund mit Mitteln der Staatsministerin für Kultur und Medien gefördert.